

VERMERK

des	Präsidiums
für	den Konvent

<u>Betr.:</u>	Tagung des Konvents am 6. und 7. Juni 2002
	– Stärkung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

1. Das Präsidium hat vorgeschlagen, dass sich der Konvent auf seiner Tagung am 6. und 7. Juni eingehend mit Fragen betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts befasst. Es handelt sich um ein wichtiges Thema, das zahlreiche Mitglieder des Konvents auf früheren Tagungen, insbesondere auf der Tagung über die an Europa gestellten Erwartungen, angesprochen haben.
2. Die Mitglieder des Konvents werden ersucht, von dem Dokument CONV 69/02 Kenntnis zu nehmen, das die derzeitige Lage beschreibt, Lösungswege zeigt und Fragen aufwirft und als Hintergrundinformation für die Diskussion dienen soll.
3. Die Mitglieder des Konvents werden ersucht, in ihren Beiträgen ausgehend von diesem Dokument, insbesondere von den im letzten Teil des Dokuments aufgeführten Fragen, auf folgende Themen oder Problemstellungen einzugehen:
 - i) Welches sind Ihrer Ansicht nach die Erwartungen der europäischen Staatsbürger hinsichtlich Freiheit, Sicherheit und Recht? Welche Tätigkeiten im strafrechtlichen Bereich erfordern gegebenenfalls eine engere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene?
 - ii) Muss das Instrumentarium, über das die Union in den Bereichen Justiz und Inneres verfügt, präzisiert und vereinfacht werden?

- iii) Inwieweit müssten angesichts der Erfahrungen die derzeitigen Strukturen und Verfahren geändert werden?
 - iv) Wie kann die demokratische Legitimität im Entscheidungsprozess im Bereich II konsolidiert oder gestärkt werden? Wie gedenken die nationalen Parlamente ihre Befugnisse in den Bereichen Justiz und Sicherheit in den derzeit unter die dritte Säule fallenden Angelegenheiten auszuüben?
 - v) Soll die Schaffung neuer gemeinsamer Organe für den Schutz der Grenzen und die Zuweisung einer operationellen Rolle an Europol ins Auge gefasst werden? Wenn ja, wie ist ihre Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden zu gestalten und welcher politischen und gerichtlichen Kontrolle sind sie zu unterwerfen?
-